

Katharina Gfeller arbeitete für eine Friedensorganisation in Papua, Indonesien
LANGNAU: Gefährdete Einheimische beschützt

Eineinhalb Jahre lang war **Katharina Gfeller** für Peace Brigades International in Papua, Indonesien, tätig. Sie begleitete gefährdete einheimische Personen und führte Workshops zum Thema Frieden und Menschenrechte durch. Geblieben sind wertvolle Erfahrungen und Freundschaften.

Silvia Ben el Warda-Wullschläger



Wenn die Langnauerin **Katharina Gfeller** über ihren Einsatz in Papua, Indonesien, spricht, leuchten ihre Augen. Die Ereignisse liegen zwar schon einige Monate zurück, doch sie sind präsent. «In Gedanken bin ich noch oft in Papua und denke an die Leute, die ich begleitet habe. Ich höre zwar ab und zu von ihnen, etwa per SMS, doch erfahre ich nicht mehr Genaueres.» Mit ihren Freunden, die sie dort kennen gelernt hat, pflegt sie dagegen regen Kontakt. Sie boten ihr während des Aufenthalts ein Stück Heimat. «Wenn ich frei hatte, besuchte ich sie oft, oder wir gingen zusammen an den Strand. Es sind Freundschaften entstanden, die Bestand haben.» Diese Menschen sind es, die ihr den Abschied von Papua schwer gemacht haben. **Katharina Gfeller** war froh, dass sie gleich nach ihrer Rückkehr in die Schweiz eine neue Arbeit beginnen konnte, so hatte sie keine Zeit zum Grübeln. Erleichtert wurde ihr die Rückkehr dadurch, dass sie den Kontakt zu Indonesien auch beruflich aufrecht erhalten kann. Sie ist beim Hilfswerk Mission 21 zuständig für Projekte in Indonesien und Malaysia. Etwa zweimal pro Jahr reist sie deshalb in ihre «zweite Heimat».

Wichtiger Kontakt zu Behörden

Vor ihrem Einsatz für Peace Brigades International (PBI) in Papua lernte **Katharina Gfeller** Indonesisch. Das sei ihr nicht so schwer gefallen, die Schrift sei dieselbe wie unsere, und die Worte würden phonetisch – also so, wie man sie schreibt – ausgesprochen. Mindestens ebenso wichtig wie die Sprache war das Kennenlernen der Kultur, der Gesellschaft, des Regierungssystems. Zu wissen, wie die örtliche Behörde funktioniert und wie die Armee aufgebaut ist, war für ihre Arbeit von grundlegender Bedeutung. «Wenn wir gefährdete

Personen von einheimischen Organisationen begleiten und somit schützen wollten, mussten wir das Vertrauen der Behörde und des Militärs gewinnen. Solche Treffen nahmen sehr viel Zeit in Anspruch.» Zum Teil war der Gang auf die Behörde auch aufgezwungen. Das Visum und die Bewilligungen mussten jeden Monat verlängert werden, was jeweils eine Sache von Stunden oder Tagen war.

Eine heikle Situation

Ein Tag, den **Katharina Gfeller** nie vergessen wird, ist der 16. März 2006. Während einer Demonstration forderten Studierende die Schliessung der Freeport Gold- und Kupfermine in Timika. Bei Zusammenstössen kamen fünf Sicherheitskräfte ums Leben. Diese Ereignisse führten zu einem Ausnahmezustand. Studentenwohnheime wurden zerstört, die Studierenden mussten fliehen, die Polizei nahm über 20 junge Leute fest. Personen von Nicht-Regierungsorganisationen, die PBI betreute, erhielten Drohungen. Noch ungemütlicher wurde die Lage, als eine Liste im Umlauf war mit den Namen der angeblichen Drahtzieher der Demonstration: auch PBI wurde darauf erwähnt. In dieser Zeit überwachte der Geheimdienst das Team noch intensiver als zuvor. «Der Stress war gross. Angst um mein Leben hatte ich aber nie. Die Regierung wusste: wenn jemandem von uns etwas geschieht, würde dies die internationale Aufmerksamkeit auf die Region lenken. Und genau das will die Regierung ja verhindern.» Für die verhafteten Leute konnte PBI zwar nichts direkt tun, jedoch begleitete das Team deren Anwälte, die massiv bedroht wurden. «Wir gingen mit ihnen an die Gerichtsverhandlung. Die Polizei wollte uns aber zuerst nicht reinlassen. Dank unserem Kontakt zum Polizeihauptmann gelang es schliesslich doch. In solchen Situationen ist es wichtig, die Chefs zu kennen.»

Informationen aus erster Hand

In der Folge wurde **Katharina Gfeller** Zeugin einer unfairen Gerichtsverhandlung: ein Richter, der klar auf der Seite des Staatsanwaltes stand, Beweismaterial, das offensichtlich jeder Grundlage entbehrte. Die 23 Angeklagten, die von Misshandlung und Folterung berichteten, wurden zu zwischen drei und 15 Jahren Haft verurteilt. Später waren Gerüchte im Umlauf, dass die Demonstration vom Geheimdienst infiltriert und die Gewaltausbrüche provoziert worden waren. **Katharina Gfeller** und ihr Team, die vor Ort die Ereignisse nie kommentierten, haben die Vorkommnisse ins Hauptbüro nach Jakarta gemeldet. Von dort wurde der Vorfall an die Botschaften weiter getragen. «Die sind jeweils froh, Informationen aus erster Hand zu erhalten. Die Sache wurde anschliessend im holländischen und im EU-Parlament behandelt.»

Ort der Sicherheit bieten

Nebst der Begleitung von gefährdeten Personen führte das PBI-Team auch Workshops und Filmabende zu Themen wie Gewaltfreiheit oder Gleichberechtigung durch. «Dabei ging es uns nicht darum, zu sagen, wie man es machen muss. Vielmehr wollten wir einen Ort der Sicherheit und Offenheit bieten, die Möglichkeit, ins Gespräch zu kommen, andere Meinungen zu hören. Denn gerade das fehlt auf Papua.» Oberflächlich betrachtet sei alles in Ordnung. Doch in Wirklichkeit, so hat **Katharina Gfeller** festgestellt, handle es sich um einen Spitzelstaat, in dem die Leute in Angst lebten. Die einheimische Bevölkerung werde an den Rand gedrängt und verdächtigt, gegen die Regierung zu arbeiten. Die Hälfte der Bevölkerung ist aus anderen Landesteilen zugewandert, teils staatlich verordnet. Für einheimische Friedens- und Menschenrechtsorganisationen sei die Anwesenheit eines internationalen Teams wie PBI wichtig. Es gewähre ein Stück weit Schutz, ebenso wichtig sei die moralische Unterstützung. «Mit meinem Einsatz konnte ich einen kleinen Beitrag für Frieden und Gerechtigkeit leisten. Es war auch für mich eine Bereicherung und hat meinen Horizont erweitert.»

Probleme in Papua

Papua-Neuguinea ist eine geteilte Insel. Während sich Neuguinea 1975 selbständig machen konnte, kam Papua nach dem Abzug der Holländer 1961 zu Indonesien. In Papua existiert eine Bewegung, die unabhängig werden möchte, sehr zum Unbill der Regierung. Ein weiterer Streitpunkt sind die Holz-, Öl- und Erdgasvorkommen. Der Erlös aus dem Verkauf fliesse in die Hauptstadt Jakarta und ins Ausland. Er komme nicht der einheimischen Bevölkerung zugute. Ein dritter Grund für die Spannungen ist die Zuwanderung hauptsächlich von Muslimen. Die Einheimischen sind mehrheitlich Christen.

Peace Brigades International

Peace Brigades International PBI ist seit 1981 für den Schutz der Menschenrechte und die gewaltfreie Konfliktbearbeitung in Krisengebieten tätig. International zusammengesetzte Teams begleiten Aktivistinnen und Aktivisten für Frieden und Gerechtigkeit und beobachten die Menschenrechtssituation. Mit der Entsendung von Freiwilligen-Teams kann PBI Gewaltübergriffe gegen Menschenrechtsverteidiger wirksam verhindern. Das schafft Freiräume für gewaltfreie Konfliktlösungen.

Die Aktivitäten von PBI gründen auf dem Prinzip der Gewaltfreiheit, Nichtparteinahme und Nichteinmischung sowie auf der Überzeugung, dass die betroffene Bevölkerung ihre Konflikte selbständig gewaltfrei lösen kann. Die Organisation ist von der UNO anerkannt. PBI ist derzeit in sechs Ländern Lateinamerikas, Asiens und Afrikas aktiv, zu den Teams gehören mehrere Schweizerinnen und Schweizer.

PBI-Schweiz ist einer der strategischen Partner des EDA für Friedensförderung und Menschenrechte und finanziert sich durch private Spenden und Mitgliederbeiträge sowie durch Projektbeiträge des Bundes.

<http://www.wochen-zeitung.ch/>